



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	12. Sitzung
Datum	Dienstag, den 29.05.2007
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	20:10 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend waren:

vom Gremium:

Ausschussvorsitzender Heyer,	CDU
Fraktionsvorsitzende Lefèvre,	FW
Stadtverordnete Donges-Herbel,	SPD
Stadtverordnete Droß,	SPD
Stadtverordneter Kleber, (18:10 Uhr bis 19:40 Uhr)	SPD
Stadtverordneter Wagner,	SPD
Stadtverordneter Breidsprecher,	CDU
Stadtverordneter Hedderich,	CDU
Stadtverordneter Dr. Viertelhausen,	FW
Stadtverordneter Borchers,	B90/Grüne
Fraktionsvorsitzende Rinn, (18:20 Uhr bis 19:55 Uhr)	FDP

vom Magistrat:

Stadtrat Hauptvogel,	FW
Stadtrat Scholz,	CDU

von der Verwaltung:

Herr Schieche, Büro des Magistrats	ohne
Herr Bauer, Kämmerei	ohne
Herr Peters, Rechtsamt	ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Hirschfelder, als Schriftführerin
Frau Häuser

ferner war anwesend:

Frau Schetzken, Seniorenrat

AV H e y e r eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Die Ausschussmitglieder stimmten der Empfehlung von AV H e y e r zu, die Vorlage „Einräumung von Liquiditätshilfen für den Abwasserverband Wetzlar und die Stadtentwicklungsgesellschaft mbH“, Drucks.-Nr. 0439/07 - I/195 mit auf die Tagesordnung zu nehmen. Auf Anregung des Stv. W a g n e r wurde die Vorlage „Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsbezirk Wetzlar VIII (Naunheim), Drucks.-Nr. 0399/07 - I/194, ebenfalls auf die Tagesordnung aufgenommen.

Die beiden Tischvorlagen „Philipp-Schubert-Schule und Erich-Girolstein-Schule, Klärung der Schulsituation in Wetzlar-Hermannstein, Resolution“, Drucks.-Nr. 0475/07 - I/196 und „Erhalt des Schulstandortes Wetzlar-Hermannstein“, Drucks.-Nr. 0477/07 - I/197, wurden für eine gemeinsame Verfahrensweise der Fraktionen an den Ältestenrat verwiesen.

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil :

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 02.05.2007

TOP 2

Wahl der/des stellv. Ausschussvorsitzenden

TOP 3

0432/07

Machbarkeitsstudie Lahnpark

I/186

TOP 4

0446/07

**Änderung der Gebührenordnung der Volkshochschule
in den derzeit geltenden Fassungen**

I/181

TOP 5
0460/07
Krematorium Wetzlar
Erneuerung der Filteranlage der Ofenlinie 1
I/188

TOP 6
0452/07
Regelungen im ÖPNV in Wetzlar
I/187

TOP 7
0463/07
Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren
- Erfahrungsbericht -
I/190
Mitteilungsvorlage

TOP 8
0421/07
Anonymes Grabfeld auf dem Neuen Friedhof
Ankauf und Aufstellung einer Bronzeplastik
I/168

TOP 9
0456/07
Lärmschutzwand Garbenheim
Finanzierung durch eine Photovoltaik-Anlage
Maßnahmen zur Umsetzung
Berichtsauftrag
I/182

TOP 10
0459/07
Gebäude „Barfüßerstraße 5“ / Steighausplatz
I/184

TOP 11
0439/07
Einräumung von Liquiditätshilfen
für den Abwasserverband Wetzlar
und die Stadtentwicklungsgesellschaft mbH
I/195

TOP 12
0399/07
Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wetzlar VIII (Naunheim)
I/194

TOP 13

Verschiedenes

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 02.05.2007

Mitteilungen

OB **D e t t e** informierte über folgende Sachverhalte:

Regionalmanagement Mitte Hessen

Die Mitgliederzahl konnte auf über 70 gesteigert werden, so dass ein Erhalt aus den Mitgliedsbeiträgen (rund 350.000,00 €) auch ohne Zuschüsse vom Land möglich seien. Die Mitgliederversammlung habe eine erneute Teilnahme an der Expo Real beschlossen, da nochmals eine EU-Förderung in Aussicht gestellt sei. Vertreter der Sonderstatusstädte sei z. Zt. - gemäß dem zweijährigen Turnus zwischen Wetzlar, Marburg und Gießen - der Oberbürgermeister von Gießen, Vertreter der Landkreise Landrat Schuster. Vorsitzender sei weiterhin der Regierungspräsident. OB **D e t t e** kündigte eine Berichtsvorlage über die Aktivitäten des Vereins an.

Kraftwerkanlage Dillfeld

Herr Hofmann versuche das Projekt mit einem großen Partner, der RWE, weiter zu entwickeln. Entsprechende Gespräche zwischen der Stadt, der Firma Buderus und RWE hätten bereits stattgefunden. Das Verhandlungs- und Prüfungsergebnis seitens RWE liege aber noch nicht vor. Auf Frage von Stv. **W a g n e r** erklärte OB **D e t t e**, dass neben Trockenstabilat evtl. noch weitere Brennstoffe zum Einsatz kommen.

Regionales Entwicklungskonzept Südkreis

Zur Förderung der Wirtschaft und des Tourismus hätte der Lahn-Dill-Kreis und weitere Gemeinden sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen und die Stadt Wetzlar aufgefordert, sich anzuschließen. Die Vereinigung und das Konzept sollen die Grundlage für die mögliche Inanspruchnahme von EU-Mitteln bilden. Die Stadt habe ihre grundsätzliche Zusammenarbeit erklärt, werde aber darüber hinaus in Kooperation mit der Stadt Gießen eigenständige EU-Gelder beantragen.

Anfragen

Großbrand auf dem Werksgelände der Firma Buderus

Auf Frage von Stv. B o r c h e r s nach Handlungsbedarf für die Stadt legte OB D e t t e die verschiedenen Maßnahmen zur Optimierung der Kooperation mit der Firma Buderus und der städtischen Feuerwehr dar. Prüfungs- und Arbeitsaufträge seien hinsichtlich der Zufahrtswege erteilt worden. Die Bahnproblematik lasse sich nicht minimieren, da die Abstimmungswege bei der DB sehr kompliziert seien. Hinsichtlich der Gerätschaften gebe es keinen Handlungsbedarf, allerdings werde die Firma Buderus zusätzliche Wasserabnahmestellen auf ihrem Gelände schaffen. Gemeinsame Schulungen der beiden Feuerwehren werden intensiviert. Weiterhin werde ein Leitungszentrum für allgemeine Katastrophenfälle auf dem Werksgelände eingerichtet. Für die Presse werde künftig ein eigener Raum und ein Presserbeauftragter zur Verfügung stehen.

Betriebsstandort Siemens VDO

Stve. D r o ß erkundigte sich nach einem Gespräch im Wirtschaftsministerium, das den Firmenstandort Siemens VDO zum Thema hatte. OB D e t t e berichtete über die Bereitschaft von Wirtschaftsminister Rhiel, jede nur mögliche Unterstützung zum Erhalt des Standortes zu leisten. OB D e t t e habe auch dem Betriebsrat die Unterstützung der Stadt zugesagt, bislang würde aber die Umsetzung der angekündigten Entscheidungen ruhen.

Optikparcours

Stve. D r o ß erklärte, dass das Land Hessen 120.000,00 € für noch nicht gesponserte Objekte zur Verfügung stelle und fragte nach der Komplimentärfinanzierung durch die Stadt. Diese würde - laut OB D e t t e - bei 50 % liegen. Für 2007 seien aber bereits Haushaltsmittel in Höhe von 60.000,00 € eingestellt worden, so dass diese Finanzierung darstellbar sei. Es bleibe aber bei dem Grundsatz, dass die Kosten der Objekte über Sponsoring und Drittmittel finanziert werden sollen. Der Arbeitskreis plane die Aufstellung der ersten Objekte. Dazu kündigte er eine Vorlage nach der Sommerpause an. Stve. D r o ß hob die Arbeit der jungen Techniker in Ausbildung der Siemens Schule hervor und würdigte deren bisheriges Engagement.

Gewerbesteuer

Auf Frage des Stv. K l e b e r nach dem Gewerbesteueraufkommen erklärte OB D e t t e, dass die Steuervorauszahlung laut Nachtragshaushaltsplan über 30 Mio. € betrage. Die Vorauszahlung eines der größten Betriebe in Wetzlar habe sich sogar verdoppelt.

Rechtsabbiegespur im Bereich Bannstraße in Richtung Niedergirmes

Stv. W a g n e r erkundigte sich nach dem Stand der Grundstücksverhandlungen mit dem Osman-Markt, die StR Beck in der Stadtverordnetenversammlung am 14.02.2007 angekündigt hatte. OB D e t t e berichtete, dass die Grundstücksverhandlungen zu keinem positiven Ergebnis gekommen seien, so dass zunächst die alten Pläne realisiert werden sollen.

Kartellrechtliches Verfahren gegen die enwag

Stv. **W a g n e r** bezog sich auf eine Aussage von Geschäftsführer Schuch, dass die enwag sich evtl. vom Wassergeschäft trennen und dies der Stadt Wetzlar überlassen wolle. OB **D e t t e** führte aus, dass in diesem Fall der Konzessionsvertrag aufgehoben werden müsste. Die Stadt würde die Wasserversorgung in Form eines gewerblichen Betriebes wahrnehmen müssen. Das hätte zur Folge, dass das kommunale Abgabenrecht und damit das Kostendeckungsprinzip Anwendung finden würden. Die enwag habe aber bei einem Umsatz von 7 Mio. € p. a. einen jährlichen Verlust von 1,6 Mio. €, so dass das bislang veranschlagte Entgelt angemessen sei.

Nach Ansicht des Stv. **B r e i d s p r e c h e r** sei die Beschwerde der enwag zu Recht erfolgt, denn diese habe den Verlust des Wassergeschäftes immer durch den Gewinn des Gas- und Stromgeschäftes ausgeglichen. Das Vorgehen des Wirtschaftsministers sei rein populistisch. Auch werde in keinem anderen Bundesland so verfahren. Stv. **W a g n e r** erkundigte sich nach einer finanziellen Rückstellung für evtl. Rückforderungen der Kunden gegenüber der enwag, falls die kartellrechtliche Verfügung rechtmäßig sei. OB **D e t t e** erklärte, dass für 2007 Rückstellungen erfolgen werden, die sich negativ auf das Wirtschaftsergebnis auswirken.

Niederschrift vom 02.052007

Auf Anmerkung des Stv. **W a g n e r**, dass TOP 10, Grundstücksankauf Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG, Wetzlar, Drucks.-Nr. 0429/07 - II/53, obwohl in öffentlicher Sitzung beraten, als nichtöffentlich protokolliert sei erfolgte der Hinweis der Verwaltung, dass das vorhandene Ratsinformationssystem Tagesordnungspunkte vom nichtöffentlichen Teil nicht mehr in den öffentlichen Teil aufnehme.

Die Niederschrift vom 02.05.2007 wurde ohne Einwendungen genehmigt.

TOP 2

Wahl der/des stellv. Ausschussvorsitzenden

Zur Wahl der/des stellv. Ausschussvorsitzenden schlug Stv. **H e d d e r i c h** FrkV Lefèvre vor. Auf Frage von AV **H e y e r** ergaben sich keine weiteren Wahlvorschläge. Gegen eine öffentliche Wahl durch Handaufhebung erhob sich kein Widerspruch.

Abstimmung: 10.0.1

FrkV **L e f è v r e** erklärte die Annahme der Wahl.

TOP 3 0432/07

Machbarkeitsstudie Lahnpark

Zum Änderungsvorschlag des Bau- und Umweltausschusses vertrat OB **D e t t e** die Meinung, dass auch die Stadt Wetzlar, wie auch die Gemeindevertretungen Lahnau und Gießen, die Studie beschließen und nicht nur zur Kenntnis nehmen sollten. Es gehe dabei vor allem um das positive politische Signal gegenüber den anderen beteiligten Gemeinden. Auf Frage von Stv. **B r e i d s p r e c h e r** berichtete StR **H a u p t v o g e l**, dass die Ausschussmitglieder die Ansicht vertraten, eine Studie könne grundsätzlich nicht beschlossen werden. Stv. **B r e i d s p r e c h e r** erklärte, dass damit das gesamte Vorhaben in Frage gestellt werde. Wegen der daraus resultierenden Signalwirkung für die Stadt Wetzlar lehnte er den Änderungsvorschlag ab.

Stv. **B o r c h e r s** erklärte, dass eine Studie allein vom Begriff her nicht beschlossen werden könne. Die Bedenken von OB Dette seien bekannt gewesen, dennoch hätten die Ausschussmitglieder einer Änderung in eine Kenntnisnahme zugestimmt. Dabei werde gleichzeitig nicht nur die Studie zur Kenntnis genommen, sondern auch deren Inhalt und Ziele grundsätzlich gutgeheißen. Auch in Gießen und Lahnau habe es differenzierte Diskussionen und Beschlüsse gegeben. OB **D e t t e** warb nochmals für eine Beschlussfassung, die die Frage der politischen Wahrnehmung und Außenwirkung betreffe, denn mit dem deklaratorischen Charakter des Beschlusses bekenne sich die Stadt Wetzlar zur Grundlage der weiteren Planung.

FrkV **R i n n** sah den Schwerpunkt auf dem Begriff Grundlage und lehnte ein Änderung des Beschlusstextes ab, insbesondere aus Rücksicht auf die beteiligten Gemeinden. Der Ansicht schloss sich FrkV **L e f è v r e** an, da ihrer Meinung die Stadt gegenüber den anderen Gemeinden ansonsten unglaublich erscheine. Stv. **W a g n e r** regte eine endgültige Abstimmung im Ältestenrat an und bat darum, die Beteiligung der Ortsbeiräte in den Beschlusstext einzubeziehen. OB **D e t t e** erklärte sich bereit, einen neuen Beschlusstext zu formulieren und dem Ältestenrat vorzulegen. Stv. **B o r c h e r s** sprach sich gegen dieses Verfahren aus.

Abstimmung über die Verweisung an den Ältestenrat mit der Maßgabe der Vorlage eines neuen Beschlusstextes: 10.1.0

TOP 4

0446/07

Änderung der Gebührenordnung der Volkshochschule in den derzeit geltenden Fassungen

StR **S c h o l z** begründete die Gebührenerhöhung damit, dass seit sieben Jahren keine Erhöhung vorgenommen worden sei und wies gleichzeitig darauf hin, dass ein Vergleich mit anderen Volkshochschulen - insbesondere dem Lahn-Dill-Kreis - nicht mehr möglich seien. Es gebe keine einheitlichen Grundgebühren mehr, da die Gebühren z. B. für EDV-Kurse, Honorare und Staffelführer unterschiedlich seien. Der Lahn-Dill-Kreis nehme

eine Grundgebühr von 2,60 €, die VHS-Wetzlar dagegen eine Gebühr von 2,30 €. Die Änderungen der Gebührenordnungen betreffen § 4 Abs. 6 Mahngebühren und § 5 Abs. 5. Dieser sehe Vergünstigungen vor, die einen Anreiz zur weiteren Belegung von Kursen darstellen soll. Laut einer Wirtschaftsberechnung für die letzten vier Jahre und Belegung von fünf Kursen, kämen über 1.000 Personen in Betracht. Bei einer Vergünstigung von 10 % würden sich die Kosten auf 10.000,00 € belaufen. Es seien allerdings auch noch andere Berechnungen möglich.

OB D e t t e erklärte, der § 5 Abs. 5 stelle lediglich eine Ermächtigung dar. Eine entsprechende Richtlinie müsse vom Magistrat unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes noch beschlossen werden. Stv. W a g n e r bewertete die Formulierung in § 5 Abs. 5 bedenklich und vertrat die Ansicht, dass die Konkretisierung der Richtlinie nicht vom Magistrat allein ausgeführt werden sollte. FrkV R i n n befand die Regelung angesichts der finanziellen Situation der VHS und des großen Zuschusses durch die Stadt als generell bedenklich. Das Vorgehen sollte daher der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt werden. OB D e t t e entgegnete, dass die Richtlinie auf Magistratsebene beschlossen werden solle, erklärte sich jedoch bereit, diese Vorumsetzung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorzustellen.

Auch Stv. B o r c h e r s erklärte, dass die konkrete Festlegung der Vergünstigungen nicht von den Stadtverordneten in der Satzung beschlossen werden sollte, da ansonsten bei jeder Änderung eine Änderungssatzung erfolgen müsse. Stv. W a g n e r schlug folgende Änderung vor:

§ 5 Abs. 5 der Gebührenordnung:

„Für Teilnehmende, die in einem Semester an mehreren Kursen oder über mehrere Semester hinweg regelmäßig an Kursen teilnehmen, kann **nach Maßgabe nach einer vom Magistrat zu beschließenden Richtlinie einGebühreennachlass gewährt werden.**“

Stve. D r o ß fragte in diesem Zusammenhang nach der Personenzahl, die an Alphabetisierungskursen teilnehmen.

Abstimmung über den Änderungsvorschlag des Stv. Wagner: 11.0.0

TOP 5
0460/07
Krematorium Wetzlar
Erneuerung der Filteranlage der Ofenlinie 1

OB D e t t e erklärte auf Frage von Stv. B o r c h e r s, dass die zweite Ofenlinie bislang nur als Ersatzlinie benötigt werde. Auf Frage des Stv. W a g n e r nach dem Deckungsvorschlag erklärte OB D e t t e, dass die Kosten durch die Mehreinnahmen der Gewerbesteuern finanziert werden sollen.

Abstimmung: 10.0.0

TOP 6

0452/07

Regelungen im ÖPNV in Wetzlar

Auf Frage von Stv. **W a g n e r** nach der Linie 24 erklärte OB **D e t t e**, dass ein Interesse aller vier Auftragsgeber an einer Fortführung der Linie bestehe. Herr **S c h i e c h e** führte aus, dass die Stadt Gießen einen Konzessionsantrag als federführender Auftraggeber beim RP Gießen stellen werde. Auf Frage des Stv. **B r e i d s p r e c h e r** nach weiteren Geboten zur Linie 11 berichtete er, dass die Wetzlarer Verkehrsbetriebe die Linie bis zum 30.09.2007 betreibe. Dabei handele es sich um eine Übergangsregelung bis zur Entscheidung des RP. Gegen diese Entscheidung sei allerdings der Klageweg für Mitbewerber möglich.

Abstimmung: 10.0.0

TOP 7

0463/07

**Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren
- Erfahrungsbericht -**

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 8

0421/07

**Anonymes Grabfeld auf dem Neuen Friedhof
Ankauf und Aufstellung einer Bronzeplastik**

Stv. **W a g n e r** erklärte, nicht gegen die Aufstellung der Plastik zu sein, kritisierte allerdings das Verfahren. Die Stellungnahme des Magistrates habe bereits 2006 vorgelegen, so dass die CDU einen Haushaltsantrag zu 2007 hätte stellen können.

Abstimmung: 6.3.1

TOP 9

0456/07

**Lärmschutzwand Garbenheim
Finanzierung durch eine Photovoltaik-Anlage
Maßnahmen zur Umsetzung
Berichtsauftrag**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.0.0

TOP 10

0459/07

Gebäude „Barfüßerstraße 5“ / Steighausplatz

Stv. W a g n e r und Stv. B o r c h e r s änderten den Berichtstermin auf den 4. Juli 2007 in ihren jeweiligen Anträgen um.

Der Initiativantrag der Grünen lautet nun wie folgt:

„Der Magistrat der Stadt Wetzlar hat der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 4. Juli 2007 mit einer schriftlichen Vorlage zu berichten,

1. welche Erkenntnisse er über Veränderungen der Eigentümerstellung an der Liegenschaft Barfüßerstraße 5 hat und
2. ob und welche Auswirkungen mögliche Veränderungen auf die Umsetzung der bisherigen Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung zu diesem Objekt haben.“

Abstimmung über den Initiativantrag der Grünen: 7.0.3

TOP 11

0439/07

**Einräumung von Liquiditätshilfen
für den Abwasserverband Wetzlar
und die Stadtentwicklungsgesellschaft mbH**

OB D e t t e erklärte, dass entgegen bisheriger Verfahrensweise auf Grund rechtlicher Hinweise die formelle Abstimmung der Stadtverordnetenversammlung gefasst werden solle.

Abstimmung: 10.0.0

TOP 12

0399/07

Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wetzlar VIII (Naunheim)

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 13
Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Nachdem keine Wortmeldungen vorlagen, schloss AV H e y e r den öffentlichen und eröffnete den **nichtöffentlichen Teil** der Beratungen.